

Kirchliche Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge vom Zweiten Vatikanum bis 1989

Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa bot eine Tagung dazu

**Die Themen aus zurückliegenden Jahren fortführend, beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der diesjährigen Arbeitstagung des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa (IKKDOS) im Bonifatiuskloster Hünfeld mit dem Thema „Migration – Integration – Transformation. Katholische Identitäten der 1960er bis 1990er Jahre“. In mehr als zwölf Referaten ging es unter vier zentralen Gesichtspunkten um viele Aspekte aus verschiedenen Bereichen: Porträts, Orte und Regionen, theologische, kirchliche, politische Rahmenbedingungen. Ein besonderes Element war ein Gespräch mit drei Zeitzeugen zu ihren Erfahrungen in der bei der Tagung behandelten Zeitspanne.**

An die Tagungen von 2020 (ebenfalls in Hünfeld) und 2023 (Regensburg), bei denen die Thematik „Kirchliche Integration der Heimatvertriebenen“ bereits mit Blick auf bestimmte Zeiträume behandelt wurde, erinnerte der IKKDOS-Vorsitzende **Prof. Dr. Rainer Bendel** in seiner Begrüßung. Er freute sich über die Kooperation mit der Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland (vertreten durch den 1. Vorsitzenden Dr. Thomas Scharf-Wrede) und mit dem Historischen Verein für Ermland (vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Klaus Unterburger). Als Zeitspanne der Tagungsthematik gab er das Zweite Vatikanische Konzil bzw. die Umbrüche in der Ostpolitik bis zur Wende 1989 mit den unmittelbaren Folgejahren an. Inhaltlich damit verbunden sind zum Beispiel Fragestellungen wie Auf- und Umbrüche in der Kirche sowie in Kirchengemeinden, die Einbeziehung bzw. Bedeutung von (Spät)Aussiedlern und Gastarbeiterfamilien und – vor diesen Hintergründen – die Entwicklung des Pfarreilebens oder auch Aufgabenstellungen für die Pastoralarbeit. Aber auch Fragen der karitativen Arbeit, neue Tendenzen im Kirchenbau bis hin zur Verständigungs- und Versöhnungsarbeit oder die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sind zu betrachten.

Der erste Schwerpunkt der Tagung widmete sich der Gemeindesituation, mit einem konkreten Beispiel startete **Prof. Dr. Michael Hirschfeld** den Reigen der Referate. Der außerplanmäßige Professor an der Hochschule Vechta referierte zum Thema **„Hier wurde ... der noch heiße Atem des Konzils ... für die Gemeindepraxis untersucht. Die Vertriebenengemeinde St. Michael in Oldenburg-Kreyenbrück und ihr schlesischer Pfarrer Josef Tenschert in den 1960er und 1970er Jahren“**. Detailliert erläuterte Hirschfeld die Vita und das seelsorgliche Wirken Tentscherts (1911 – 1996, Priesterweihe 1937), der seine schlesische Herkunft in die Arbeit einbrachte. Ein besonderes Augenmerk galt natürlich dem Aspekt „Vertriebenengemeinde“, wohlgernekt in einer Diasporasituation. Am 4. September 1946 erhielt Tenschert den Seelsorgeauftrag für den Oldenburger Stadtteil Kreyenbrück, erste Aktivitäten pfarrlicher und liturgischer Arbeit erfolgten in einer

Kaserne, einen Schwerpunkt legte der Seelsorger auf die Siedlungsgemeinschaft. Im Jahr 1953 wurde eine der Gottesmutter Maria geweihte Notkirche eingeweiht. Mit dem Einzug von 2000 Bundeswehrsoldaten (verbunden mit 200 Familienangehörigen) in die Kaserne musste eine neue Lösung – auch mit Blick auf die Seelsorge für die Soldaten – gefunden werden. Man entschloss sich für den Neubau einer Kirche mit dem Patronat des Heiligen Michael – der als Patron der Deutschen und Kämpfer gegen das Böse, damals vor allem gegen den Kommunismus in Osteuropa, bekannt ist. Die Grundsteinlegung des neuen Gotteshauses erfolgte im Oktober 1959, Urheber des zugleich als Militär- und Pfarrkirche konzipierten Sakralgebäudes war Ludger Sunder-Plassmann, ein „junger, aufstrebender Architekt“, so Hirschfeld. In das architektonische Konzept flossen aktuelle Strömungen mit ein. „Der gemeinsame Raum von Priester und Gläubigen, der Communio-Gedanke des Vatikanischen Konzils, wurde hier schon vorweggenommen“, vertiefte der Referent. Die Weihe der neuen Kirche war am Palmsonntag 1960, so dass Ostern bereits in der neuen Michaelskirche gefeiert werden konnte. Tenschert befürwortete auch die künstlerische Ausgestaltung des Gotteshauses, da er das bisherige überhöhte Priesterbild für nicht mehr zeitgemäß hielt. In den weiteren Jahren legte er großen Wert darauf, den Pfarrangehörigen die Diskussionen und Beschlüsse des Zweiten Vatikanums zu vermitteln. Dass dies auf fruchtbaren Boden stieß, belegt das von Hirschfeld präsentierte Faltblatt zum Willkommensgruß von 1968, in dem die Beteiligung am vielfältigen Gemeindeleben an die erste Stelle gesetzt wurde – vor der Teilnahme am Gottesdienst. Interessant auch der Aufruf zur Predigt-Kritik und die Hinwendung zur evangelischen Schwesternkirche. „Tenschert predigte als erster katholischer Geistlicher auf der Kanzel der evangelischen Kirche“, erinnerte Hirschfeld an dieses Ereignis vom 30. Mai 1968 wie auch an weitere ökumenisch geprägte Treffen. Mit Blick auf die Heimatvertriebenen habe Tenschert zwar die Tradition der Rundbriefe aufrechterhalten, sich aber von „rückwärtsgewandter Vertriebenenenseelsorge“ abgegrenzt. Seelsorge sah er als christlich-katholische Beheimatung für alle Katholiken unterschiedlicher Herkunft ohne ausschließliche Fixierung auf Heimatvertriebenen. Dazu hat sicher auch der Bundeswehr- bzw. Soldatenaspekt mit immer wieder neuen jungen Männern oder auch Familien beigetragen. Aber auch der Blick auf die Mehrheitsreligion und die gesellschaftlichen Entwicklungen waren für den Priester wichtig, und speziell nach dem Vatikanum der Gemeinschaftsgedanke und die Motivation zum Mitwirken und Mittun. In diesem Kontext gab es ab 1968 ein Pfarrkomitee und ab 1974 den Pfarrgemeinderat.

Den Blick in eine der vier bayerischen Vertriebenenstädte, nach Waldkraiburg, richtete **Ferdinand Müller**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München. „**Identität im Wandel (1960-1980). Integration, Säkularisierung und kirchliche Erneuerung in der oberbayerischen ‚Vertriebenenstadt‘ Waldkraiburg**“ lautete sein Thema. Im Jahr 1960 hatte Waldkraiburg 10.000 Einwohner und wurde zur Stadt erhoben. Als wichtigen Einschnitt nannte Müller das Jahr 1967: damals erschien der erste Pfarrbrief, die Seelsorgeberichte wurden eingestellt. Für den Betrachtungszeitraum, also bis 1980, sind alle Pfarrbriefe erhalten und geben einen guten Einblick in die Weiterentwicklung des kirchlichen Lebens, die Gründung von Vereinen und Gruppen, sowie in unterschiedliche Themen.

Mit dem Jahr 1967 verbunden war auch der Pfarrerwechsel – bis 1980 wirkte Pfarrer Rudolf Hadersdorfer. Ihn unterstützten zwei Kapläne, zum Teil mit Vertriebenenhintergrund, und seit 1969 auch Pfarrschwestern und ein Ruhestandsgeistlicher ebenfalls mit Vertriebenenbezug. Drei Primizianten (1969, 1971 und 1978 – Letzterer mit Heimatvertriebenenbezug) brachte die Pfarrei in dieser Zeit hervor. Themen im Kontext Vertreibung wurden bei Sprechstunden für Heimatvertriebene und Aussiedler angesprochen, aber auch bei Glaubensgesprächen, bei der Caritas-Arbeit (Kontaktfamilien für Aussiedler) und im Kindergarten etwa bei der Beschäftigung mit dem aus dem Böhmerwald stammenden Johann-Nepomuk Neumann anlässlich dessen Heiligsprechung im Jahr 1977. Aber auch beim Thema Religionsfreiheit gab es immer wieder Bezüge zu den Vertriebenen und natürlich bei Gesprächen über das Übergangwohnheim. Müller stellte in diesem Zusammenhang auch fest, dass in den 1970er Jahren der starke Zuzug von Aussiedlern dieses Thema verstärkte und damit auch Erinnerungen bei den Heimatvertriebenen, die bereits hier lebten, wieder lebendig wurden.

In der Pfarrstruktur wurde Waldkraiburg zunächst 1973 Dekanat, infolge eines starken Zuzugs vor allem im Stadtsüden kam es zur pfarrlichen Zweiteilung. Neben der Pfarrei Christkönig entstand die Pfarrei Maria Schutzfrau Bayerns. Die Gottesdienste fanden hier zunächst in Gasthäusern oder in der Schule statt, die eigene Pfarrkirche wurde im Jahr 1976 fertiggestellt und eingeweiht. Damit verbunden waren weitere kirchliche Bauprojekte (Pfarrzentrum, Kindergärten usw.). Ein „facettenreiches Pfarrleben“, so Müller, schildern die Pfarrbriefe, zum Teil geht es darin aber auch um die Beschäftigung und Dokumentation der eigenen Geschichte. „Die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils sind hier schnell angekommen“, merkte der wissenschaftliche Mitarbeiter weiter an: seit 1967 gibt es den Pfarrgemeinderat mit mehreren Arbeitskreisen, ebenso die Kirchenverwaltung. Die Firmung fand 1975 an einem Abend statt, damit viele Pfarrangehörige teilnehmen konnten. Sakramentsunterricht gibt es sowohl in der Schule wie auch außerschulisch. Der Pfarrer bekannte sich zu Traditionen, übte aber auch Kritik an traditionalistischen Kreisen. Positiv steht man TV-Übertragungen von Gottesdiensten, der Krankenkommunion, der Vorabendmesse und dem Bußgottesdienst gegenüber. Andererseits nahm scheinbar die Säkularisierung zu, was sich in den Zahlen von Taufen, Gottesdienstbesuch und bei der Kirchensteuer zeigte. „Die Vertriebenenidentität verflüchtigte sich zusehends. Waldkraiburg war 1980 eine Stadt wie jede andere geworden – aber die Vergangenheit lebt in der Erinnerung fort“, stellte Müller zusammenfassend fest. Seit 2006 erinnert auch ein entsprechendes Mahnmal an die Vertreibung.

**Die Entwicklung der katholischen Kirche in der Diaspora von 1960 bis 1990** zeichnete am Beispiel des Bistums Hildesheim Dr. Thomas Scharf-Wrede in seinem Vortrag nach. Für die Zeit vor 1945 bezifferte er dort die Zahl der Katholiken auf ca. 265.000 bzw. zehn Prozent der Bevölkerung. Vor allem Flucht und Vertreibung führten zu einem starken Anstieg, so dass es im Jahr 1950 rund 675.000 Katholiken waren. Die Zahl der Kirchengemeinden stieg von 179 auf 331, zu den 200 Diözesanpriestern kamen etwa gleich viele aus den Ostgebieten. In den 1950er Jahren wurden daher einige Gotteshäuser neu errichtet sowie evangelische Kirchen für Katholiken genutzt. Bis 1960 hatte sich dann die Zahl bei 685.415 Katholiken (bei 4,5 Mio. Angehörigen anderer Konfessionen

und Religionen) eingependelt. Von den ca. 173 Priestern aus anderen Diözesen bildeten die aus den ostdeutschen Siedlungsgebieten die Mehrheit. „Es war eine deutliche Vertriebenenprägung“, stellte Scharf-Wrede fest. Von 1970 bis 1990 bewegte sich die Zahl der Katholiken von 737.000 über 762.000 zurück auf 731.000 bei durchschnittlich 600 Priestern mit einem Anteil von 20 bis 30 Prozent aus anderen Diözesen. „Die Herkunft der Priester aus anderen Diözesen hatte eine erhebliche Bedeutung“, fasste Scharf-Wrede diese Entwicklung zusammen. Den Abschluss des Wiederaufbaus des Hildesheimer Doms und den 79. Deutschen Katholikentag in Hannover im Jahr 1962 sah Scharf-Wrede als zentrale Ereignisse für das Zusammenfinden von Vertriebenen, Einheimischen und Zuwanderern. Die katholische Vielfalt führte zur katholischen Integration, auch der ökumenische Gedanke gewann an Bedeutung. Bei der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte wurde die Mitverantwortung zum Dritten Reich deutlich, was ein Zugehen in Richtung Osteuropa mit sich brachte. Die Ergebnisse des Zweiten Vatikanums wurden im Rahmen der Hildesheimer Diözesansynode umgesetzt – unter anderem mit dem Aufbau der kirchlichen Infrastruktur von den 1960er bis 1980er Jahren, besonders der Bedeutung der Laien – Frauen und Männer. Einige führende Kleriker – Domkapitular, Generalvikar, Weihbischof – stammten aus dem Osten. Das stets verbindende und zentrale Thema war die Diaspora-Situation und damit verbunden die Laienbeteiligung und der Ökumene-Aspekt. „Das Thema ‚Vertreibung‘ stand nicht dezidiert im Fokus, wurde aber integriert und mitgedacht“, erläuterte der Referent. Als neues Thema kam in dieser Zeit der Umgang mit ausländischen Katholiken und ihren Grundbedürfnissen dazu, was sich schließlich zur Daueraufgabe (sozial, kulturell, religiös) vor allem für die Räte entwickelte. Es entstand ein Netz kirchlicher und karitativer Einrichtungen, es kam zu vielen Kirchenbauten, wo bei den Patrozinien Aspekte der Vertriebenen keine Rolle mehr spielten, sondern meist klassische Widmungen an der Tagesordnung waren. „In gewisser Weise kam es so zu einem völlig neuen Gesicht für das Bistum Hildesheim“, fasste der Vorsitzende der Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland zusammen.

Der zweite Themenblock war mit „Vergleichende Perspektiven“ umschrieben. Der Archivar und Hochschullehrer **Prof. Dr. Andrzej Kopiczko** beleuchtete zunächst, **wie das Zweite Vatikanische Konzil im Ermland aufgenommen wurde**. Obwohl die kommunistische Regierung in Polen die Reise der Bischöfe nach Rom zu verhindern versucht hatte, nahmen alle Bistumsleiter am Konzil teil. Der Apostolische Administrator Tomasz Wilczyński (+ 5. August 1965) hielt bei der ersten Sitzung im November 1962 eine Rede zur Einheit der Christen und thematisierte die Trennung des Bistums. Der zweiten Sitzung wohnten zusätzlich zwei Weihbischöfe bei. „Die Bischöfe waren mit den Themen gut vertraut. Sie gaben Informationen an die Priester und Gläubigen weiter. Besonders der Aspekt der Landessprache als Basis für einen breiten Zugang zum Wort Gottes war wichtig“, merkte Kopiczko an. Schrittweise wurden diese Empfehlungen in Polen umgesetzt, in der Diözese Ermland etwa auch durch einen Artikel in der Diözesanzeitschrift. Im Februar 1965 erfolgte eine Anweisung zur Kommunionsspende bzw. konkret zur Verwendung von Gebeten in eben diesem Kontext in polnischer Sprache. Am Gründonnerstag 1965 sollte die Chrisammesse mit Priestern in Konzelebration gefeiert werden und die Priester die Kommunion unter beiderlei Gestalten empfangen.

Im April 1966 ordnete die Liturgische Kommission die Errichtung von Volksaltären an. In diese Zeitphase fiel auch die Vorbereitung und Ausbildung der Ministranten, die Konzeption neuer Bücher und Hilfsmittel und die Gestaltung sakraler Räume (für Wortgottesdienste und Eucharistiefiern). Mehr Wert wurde zudem auf die Predigten gelegt. In vielen Kirchen des Ermlands war es manchmal aber aufgrund traditioneller Altäre schwierig, Seitenaltäre zu entfernen. Die Aufstellung der Volksaltäre wurde im Rahmen des Millenniums der Taufe Polens im Jahr 1966 empfohlen, oft wurden zunächst mobile Holzkonstruktionen geschaffen. Nur noch selten wurde die Kanzel benutzt, dafür der Ambo. Reformen gab es auch beim Gesang und in der Kirchenmusik, was vor allem den Diözesankommissionen oblag. Im März 1966 wurde die Kunstkommission gegründet, die Projekte zur Umgestaltung der Kirchen begleitete. 1971 begann in der gesamten Diözese die Inventarisierung der Kunstwerke, im April 1972 fand eine Tagung zum Thema „Denkmalpflege und sakrale Kunst in liturgischen Vorschriften“ statt. Ebenso erfolgte nun die Herausgabe von Kirchenführern. Speziell an die Geistlichen richtete sich das Dekret über den Dienst und die Aufgabe der Priester. Im November 1970 wurde der erste Priesterrat berufen, als neue Einrichtungen gab es nun auch einen Pastoralrat sowie Dekanats- und Regionalkonferenzen, die zweimal im Jahr einberufen werden mussten. „Die Diözese Ermland war sehr aktiv an der Umsetzung der Konzilsreform in der liturgischen Feier, bei der Gestaltung von Kirchenräumen, der Aktivierung des Klerus und der Laien beteiligt. Aber Vieles war nur provisorisch. Selten nutzte man die Hilfe von Künstlern“, zog der Archivar ein zwiespältiges Fazit. Skepsis gab es vielfach bezüglich der Handkommunion, die Ökumene bezog sich vor allem auf die griechisch-katholische Kirche. Aber es gab zumindest keinen Einfluss der Politik auf die religiösen Aktivitäten – zum Teil jedoch bei Umgestaltungen von Kirchen, sofern behördliche Aspekte herein spielten. Allerdings konnten sich kirchliche Vereine nicht entfalten, da diese in Polen verboten waren.

Zum Thema „**Rezeption des Zweiten Vatikanums in der ČSSR**“ referierte der an der Universität von Königgrätz/Hradec Králové lehrende **Professor Tomáš Petráček**. Einleitend verwies er auf die Vertreibung der Deutschen nach 1945 und auf die Tatsache, dass die von den Deutschen bewohnten Gebiete stark religiös geprägt gewesen waren und fortan zu Missionsgebieten wurden. Ab 1948 erfolgte durch den Kommunismus eine massive Säkularisierung, verbunden mit atheistischer Propaganda, Deportation von Priestern und starker Unterdrückung der Kirche bis Ende der 1950er Jahre. Erst zu Beginn der 1960er Jahre kam es vereinzelt zu Amnestierungen. „Die Wirtschaft fiel immer weiter zurück und die kommunistische Ideologie verlor an Anziehungskraft“, charakterisierte Petráček diese Zeit, in der aber weiterhin Repressalien gegen die Kirche vorherrschten. Erst mit dem Beginn des Prager Frühlings ab etwa 1967 gab es ein höheres Maß an Freiheit. Im März 1968 schrieben Katholiken einen offenen Brief an Alexander Dubček, in dem sie Respektierung der Religionsfreiheit, die Rückkehr der Bischöfe und die Wiederherstellung der Strukturen anmahnten. Doch nur zwei Bischöfe konnten zurückkehren, nicht die geheim geweihten. „Es war zwar nur eine kurze Zeit, hatte aber beträchtliche Früchte – es war ein Werk der konziliaren Erneuerung. Durch die Erfahrungen der Verfolgung wurde der Boden für Reformen geebnet. Es war geprägt durch eine Besinnung auf das Wesen und die Wurzeln des katholischen Glaubens“, beschrieb der Referent die

kirchliche Stimmung im Jahr 1968. So wurden die Reformen des Zweiten Vatikanums begrüßt, die Liturgiereform umgesetzt und „die neue Liturgie begeistert angenommen – bei fast keinem konservativen Widerstand. Aber es fehlte, die Liturgie mit einem neuen Geist zu erfüllen“, schränkte Petráček ein. Zwei Dialogformate wurden realisiert: ein ökumenisches Seminar und ein Dialog zwischen Christen und Marxisten. Die Rolle der Kirche in der Gesellschaft wurde 1968 rehabilitiert, sie wurde zu einem „modernem Gesicht des Christentums“. Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings kehrten nicht nur die Stalinisten zurück. Es bedeutete auch eine Rückkehr zur ursprünglichen Haltung gegenüber der Kirche, zum „modus moriendi“ – dem endgültigen Ende des religiösen Lebens. „Man rechnete mit noch schlimmeren Dingen“, beschrieb der Vortragende. Geheimweihen wurden wieder aufgenommen, die Orden waren im Untergrund tätig, die theologische Fakultät in Olmütz wurde wieder geschlossen, die Gruppe der Friedenspriester „Pacem in terris“ wieder hergestellt. Ein Teil der Seminaristen ging ins Ausland – diese wurden Träger eines anderen Bildes als zuhause, einige blieben im Exil. Durch eingeschmuggelte theologische Literatur kam es zur Erneuerung des theologischen Denkens. Einen Blick warf Petráček auf die Charta '77 mit Katholiken und auch Reformkommunisten. In diesem Kontext konnten Katholiken eine wichtige Rolle im Vorfeld der Samtenen Revolution spielen. Begünstigt hat für den Referenten die Entwicklung auch die Tatsache, dass die Bischofssitze nicht besetzt waren. So gab es keine Disziplinierung. „Das Zweite Vatikanum wurde sowohl von der offiziellen wie der verborgenen Kirche unterstützt, auch weil es viele Berührungspunkte gab. Es war eine Zeit der Reform für die Kirche in einer Zeit der versöhnlichen Ostpolitik“, blickte er auf die 1970er Jahre und benannte das Ende dieser Entwicklung mit dem Start des Pontifikats Papst Johannes Pauls II. im Herbst 1978. Mit dem Beginn der Normalisierung setzte erneut die Säkularisierung (wie auch im Westen) ein. Am Ende des Kommunismus war die katholische Kirche zwar stark geschwächt, ab 1989 aber eine moralische Institution.

Der Historiker **Prof. Dr. Jaroslav Šebek** steuerte in Manuskriptform seinen Vortrag zum Thema **„Der tschechische Katholizismus in der Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils und seine Rezeption“** bei. Rückblickend zeigte er die Zerschlagung bzw. Schwächung der katholischen Kirche in den 1950er Jahren auf, wo sich die Aktivitäten der Kirche dann auf die Abhaltung von Gottesdiensten beschränkten. Beim Konzil in Rom war František Tomášek der einzige Bischof aus den tschechischen Ländern, unter den weiteren Geistlichen waren in der Regel Stützen der regimetreuen tschechoslowakischen Politik. Der Prager Erzbischof Josef Beran hatte die ČSSR verlassen müssen, lebte nun in Rom und nahm unter diesen Gegebenheiten am Konzil teil. Trotz Überwachung und Kontrolle drangen reformistische Ideen durch den Eisernen Vorhang – auch in die tschechische Kirche. „Die Umsetzung der konziliaren Initiativen brachte einen Aufschwung in der Kirche, Priester und Laien wurden aktiver. Die Priester näherten sich der Rezeption der konziliaren Ideen auf der Grundlage ihrer theologischen Ausbildung, ihrer pastoralen Erfahrung und ihrer Lebenserfahrung: Die Bandbreite der Haltungen reichte von Ablehnung über ein gewisses Misstrauen bis hin zu großer Aktivität bei der Umsetzung der Ideen in die Praxis“, erläuterte Šebek. Vor allem schlug sich das in der Liturgiereform nieder – mit Auswirkungen auf den größten Teil der heiligen Stätten. Bischof

Tomášek versuchte, Priestern und Laien durch die Gründung der postkonziliaren Bibliothek theologische Texte zugänglich zu machen. Aber auch Laiengruppen begannen, die Initiativen des Konzils aktiv aufzugreifen: in Form von ökumenischen Seminaren an der theologischen Fakultät der Karls-Universität in Prag (z.B. öffentliche Diskussionen mit Marxisten). Bereits damals – 1966/67 – wurden aber Widersprüche in katholischen Intellektuellenkreisen deutlich. Die Fortschrittlichen waren offen für ökumenische Kontakte, die ältere Priestergeneration warnte vor einer solchen Offenheit. Die Reichweite blieb aber im Wesentlichen auf Prag und die Prager Erzdiözese beschränkt. Im Allgemeinen bewerteten die Gläubigen den praktischen Aspekt der Liturgiereform positiv, konkret die neuen Formen der katholischen Riten in tschechischer Sprache und das Feiern des Gottesdienstes zum Volk hin. „Die entscheidende Wende in der Verbreitung konziliarer Ideen wurde jedoch durch den politischen Kurswechsel in der kommunistischen Tschechoslowakei herbeigeführt, als in den ersten Monaten des Jahres 1968 eine Generation von Politikern in die Parteiführung einzog, die offen für reformistische Impulse waren“, schilderte der Historiker. Selbst Bischof Tomášek war überzeugt, dass der demokratische Sozialismus eine gute Basis für bürgerliches Engagement der Katholiken bietet. Im März 1968 leitete er das Ende der kollaborierenden Friedensbewegung des katholischen Klerus ein. Dafür wurde das Werk der konziliaren Erneuerung zur Verbreitung der konziliaren Ideen im kirchlichen Milieu (ab April 1968 in den einzelnen Diözesen) gegründet. Das Programm beinhaltete unter anderem Veränderungen in den bestehenden kirchlichen Strukturen (z.B. Schaffung von Pastoralräten) und die konkrete Umsetzung der Ideen des Zweiten Vatikanums. „Das wichtigste programmatische Ziel war es, im Geiste der konziliaren Ideen die Diözese und die Pfarrei zu einem lebendigen Organismus zu machen, in dem es eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Laien und dem Klerus geben sollte“, konkretisierte Šebek. Aber auch durch Auslandsaufenthalte gelangten moderne Denkströmungen des europäischen Katholizismus in die tschechische Kirche. „Innerhalb kurzer Zeit erhielt die Tschechoslowakei eine relativ große Menge an theologischer Qualitätsliteratur aus dem Westen. Was dann übersetzt und veröffentlicht wurde, wurde in gewisser Weise zur geistigen Nahrung für die gesamte Zeit der sogenannten Normalisierung, als es keine ähnlichen Möglichkeiten mehr gab und das kirchliche Umfeld aus politischen Gründen künstlich von den Debatten in der westlichen katholischen Welt isoliert war“, schilderte der Historiker. Er verwies aber auch auf Ängste und Spannungen vor neuen Ansätzen, eine Spannung zwischen den progressiven und den traditionalistischen Strömungen – und „Spannungen, die sowohl den Wunsch widerspiegeln, die Situation in der Kirche im Rahmen der strikten Einhaltung der kirchlichen Lehre zu halten, als auch den Wunsch, offen für die neuen Ideen zu sein, die aus dem Konzil hervorgingen, und sie auf die aktuelle Situation anzuwenden“. Diese Fragen sollten bei einem Treffen der tschechischen Bischöfe am 8. Januar 1969 erörtert werden. Die politischen Entwicklungen nach der Niederschlagung des Prager Frühlings verhinderten jedoch eine tiefe und breite Bearbeitung. Das Werk für konziliare Erneuerung bemühte sich zudem, die Anstrengungen um eine geistliche Erneuerung mit dem Versuch zu verbinden, die Debatte auch ins öffentliche Leben zu tragen, und forderte in den

Diözesen die vollständige Rehabilitierung verfolgter Gläubiger, den Rückzug kollaborierender Kleriker aus hohen Kirchenämtern, die Wiederzulassung der katholischen Turn- und Pfadfindervereine und die Wiederherstellung der katholischen und religiösen Presse. Auch dies war nach dem Prager Frühling nicht mehr umsetzbar. Zusammenfassend stellte der Historiker fest: „Die Tätigkeit der katholischen Kirche im geistlichen Bereich während des Prager Frühlings ist gekennzeichnet durch eine beispiellose Aktivität von Priestern und Laien, verbunden mit Bemühungen, den Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils in die Ortskirche zu tragen. Es war, als ob sich die Euphorie der angekündigten politischen Veränderungen des ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ mit der Begeisterung für die reformistische Progressivität des Konzils verband, die einen neuen Geist im Leben der kirchlichen Gemeinschaft einläutete (...) Insgesamt trugen die konziliaren Initiativen (...) ab Mitte der 1960er Jahre zur Aktivierung des kirchlichen Lebens bei, das seit der kommunistischen Diktatur eingeschränkt war.“ Und die Kirchen aller Konfessionen machten die Erfahrung, dass sie, die durch fast 20 Jahre Verfolgung sozusagen zum Schweigen gebracht worden waren, in der Lage waren, ihre Stimme zu erheben und einen beträchtlichen Teil der Bürgerschaft zu erreichen.

Einen konkreten Projektvorschlag für weitere Forschungen machten im Rahmen eines Werkstattgesprächs die Historikerin **Dr. Inge Steinsträßer** und **Kaplan Przemyslaw Pawlak**. „**Abt Adalbert Kurzeja und die deutsch-polnische Versöhnung**“ formulierten sie das Thema zu dem am 24. November 1920 in Ratiborhammer geborenen und am 12. April 2016 in Andernach verstorbenen Benediktiner, der von 1977 bis 1990 als Abt die Abtei Maria Laach führte. In dessen Nachlass befinden sich viele Dokumente, die verwertet werden könnten. Einen besonderen Bezug hatte Kurzeja zum Kloster Grüssau, die wissenschaftliche Arbeit darüber hat er angestoßen. Sein besonderes Interesse galt den dortigen Kunstschatzen, auch vor dem Hintergrund des Kunstraubes im Jahr 1953. Als Ministrant lernte Pawlak den früheren Abt kennen, was dann auch ein Grund für die Entscheidung zum Priesterberuf war. Pawlak nannte einige zentrale Daten aus Kurzejas Leben und Wirken, darunter auch den Kontakt zum Breslauer Kardinal Boleslaw Kominek. Den Versöhnungsprozess in Richtung Polen füllte der Abt darüber hinaus durch Lebensmittel- und Kleidertransporte in seine Heimatstadt mit Leben. Vor allem die im Archiv des Klosters Maria Laach aufbewahrten Dokumente (u.a. Reiseberichte, Predigten, Fotos, Korrespondenzen, Zeitungsartikel) können immense Inhalte zu historischen, politischen und religiösen Themen liefern. Für das Jahr 2026 ist eine Dissertation in diesem Themenblock geplant. „Er ist ein großer Schlesier, den wir nicht vergessen dürfen“, fasste Steinsträßer zusammen.

Ein **Zeitzeugengespräch**, moderiert von Dr. Elisabeth Fendl und Dr. Heinke Kalinke, **mit Großdechant Prälat Franz Jung, dem Historiker Dr. Otfrid Pustejovsky sowie der Historikerin und Übersetzerin Dr. Evelyne Adenauer** bildete den Abschluss des ersten Seminartages. Bereits ab 1946, dem Jahr seiner Vertreibung, wurde Pustejovsky deutlich, dass nur Aussöhnung, der Verzicht auf Hass und beidseitiges Eingeständnis von Schuld angebrachte Reaktionen auf das erlittene Schicksal sein könnten. Diese Inhalte fand er bei der im Jahr 1946 gegründeten Ackermann-Gemeinde. Reforminhalte in der katholischen Kirche waren ihm über den BDKJ schon lange vor dem



Zweiten Vatikanischen Konzil bekannt. In die damalige Tschechoslowakei hatte er bereits Anfang der 1960er Jahre – meist auf privater Basis – Kontakte, auch über Geld- und Paketsendungen. Ab Mitte der 1960er Jahre gab es regelmäßige Besuche. Bis heute hadert Pustejovsky mit der Tatsache, dass der damalige Münchner Kardinal Michael Faulhaber den nach seiner Vertreibung im Jahr 1946 im Erzbistum München-Freising sesshaft gewordenen letzten Weihbischof der deutschen Minderheit in Prag, Johannes Nepomuk Remiger, nicht in die kirchliche Hierarchie integriert hat.

Seine Prägung durch die Junge Grafschaft Glatz (Heimattreffen, Wallfahrten, Fahrten in die alte Heimat usw.) brachte Franz Jung in seine Arbeit als Großdechant der Grafschaft Glatz ein. „Ich war ein halber Westfale geworden – aber es fehlte was“, erklärte er hierzu. So entwickelte sich bei ihm die Einschätzung, „dass man mit den Polen gut zusammenleben kann. Ich komme mit den Polen, die jetzt auf meinem Hof leben, gut aus“. Ein mit Frauen und Männern paritätisch besetzter Laienrat entstand, ab 1985 ein Pastoralrat. „Die Laien arbeiten ungeheuer gut mit“, betonte Jung und legte Wert darauf, dass schon sehr früh Frauen in alle Arbeiten einbezogen wurden.

„Als Kind habe ich die unterschiedlichen Formen des Katholizismus mitbekommen. Die Aussiedlung im Februar 1989 und die damit zusammenhängenden Aspekte habe ich als wahnsinnigen Bruch erlebt. Ich bin ein Stück erwachsen geworden“, berichtete Evelyne Adenauer, die im Alter von elf Jahren mit ihrer Familie aus Polen aussiedelte. Vor allem war für sie als Oberschlesierin die Kirche zunächst einmal katholisch und mit bestimmten Traditionen verbunden. „Hier, in der neuen Heimat, passte das Verhalten nicht mehr. Natürlich sind wir in die Kirche gegangen – aber alles war ein Bruch“, stellte sie fest. Anfangs hielt die Familie noch den einen oder anderen Brauch aufrecht, gab dies aber schnell auf, „weil es nicht passte. Das war eine Form der Anpassung.“ Einen Unterschied stellte sie auch bei den Priestern fest. In der Heimat war der Seelsorger eine Persönlichkeit, die Ansehen genoss und selbstverständlich zu Feiern, Jubiläen usw. eingeladen wurde.

Der dritte Hauptthemenbereich widmete sich dem Aspekt „Schwierige Versöhnung mit dem Nachbarn“. **Dr. Joachim Oepen**, Archivar am Historischen Archiv des Erzbistums Köln, beleuchtete unter dem Titel „**Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung**“ den Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965. Als Hauptinitiator und Verfasser des von 36 polnischen Bischöfen unterzeichneten Dokuments (17 Seiten) nannte Oepen den Breslauer Erzbischof Kardinal Boleslaw Kominek. „Es ist das zentrale Dokument für die Aussöhnung von Deutschen und Polen“, unterstrich der Archivar, auch wenn das Zustandekommen nicht einfach war – der polnische Primas Kardinal Stefan Wyszyński sorgte für etwas Verzögerung. Zurückhaltend war zunächst die Reaktion der deutschen Bischöfe, Kritik kam von der polnischen Regierung und weiten Teilen der Bevölkerung. Verbunden mit dem Schreiben war die Einladung zur Feier des Millenniums der Taufe Polens, wobei auch der Blick auf die 1000 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft gerichtet werden sollte. „Den Rahmen bildete das Zweite Vatikanische Konzil, hier lernten sich die Bischöfe beider Länder kennen“, erklärte Oepen. Darunter waren unter anderem der Bischof von Krakau Karol Wojtyła (der spätere Papst Johannes Paul II.), der Essener Bischof Franz Hengsbach und der Meißener Oberhirte Otto Spülbeck. Als Vorbild diente auch die zwei Jahre zuvor veröffentlichte Erklärung zur

deutsch-französischen Aussöhnung. Da Kardinal Kominek zweisprachig und bestens mit der deutschen und der polnischen Kultur vertraut war und zudem den in Polen lebenden Deutschen gerecht werden wollte, ergriff er die Initiative. Wyszyńskis Vorbehalte waren dahingehend, dass er erst eine Bitte um Vergebung von der deutschen Seite erwartete – auch aus Furcht vor Antworten der kommunistischen Machthaber und des Kirchenvolkes. „Am Ende unterschrieb Wyszyński. Er wollte es nicht auf ein Zerwürfnis mit Kominek und den deutschen Bischöfen ankommen lassen“, schilderte der Archivar. Beim weiteren Procedere gab es einige Pannen und Missgeschicke (doppelte Unterschriften von drei Bischöfen, Brief mehrere Tage ungeöffnet beim Kölner Kardinal Joseph Frings und damit Verzögerung der deutschen Antwort, Durchsickern des polnischen Versöhnungsbriefs an die Presse). Daher war bis zum Ende des Konzils eine Antwort der deutschen Bischöfe nötig. Diese wurde am 5. Dezember 1965 an Wyszyński übergeben und beinhaltete die Bitte um Verzeihung an die Nachbarn. Oepen charakterisierte das Schreiben als „wohlwollend formuliert, aber weitaus weniger ambitioniert. Es vermied die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze“. Neben unterschiedlichen Meinungen der Bischöfe und der Rücksicht auf den Vatikan – vor allem in Bezug auf Bistumsgrenzen – wurden die Kernprobleme auf die Zukunft verschoben. Im Bensbacher Memorandum von 1968 wurde dann übrigens die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze genannt. Bei der kommunistischen Regierung in Polen stieß der Briefwechsel auf negative Reaktionen: Verletzung des Herrschaftsanspruches. Auch in den Medien kam es zu massiven gegen die Kirche und Bischöfe gerichteten Kampagnen. Primas Wyszyński erhielt sogar ein Ausreiseverbot. Im Westen war das Feedback zweigeteilt: im Allgemeinen gab es positive bis euphorische Stimmen, Ablehnung aber bei den Vertriebenenverbänden. In der Bewertung ränge das Schreiben der polnischen Bischöfe heraus, so der Archivar, es sei sogar ins Weltdokumentenerbe aufgenommen worden. „Das deutsche Schreiben fällt hinter das polnische zurück, dem deutschen fehlt eine Geste für den Aufbruch“, fasste Oepen zusammen. Beim polnischen Schreiben sprach er von „Radikalität“, die dann ja auch zu Schwierigkeiten führte. Die polnischen Bischöfe hatten sich „eventuell zu weit vorgewagt. Keine der späteren Äußerungen erreichte die Radikalität dieses Schreibens. Es war um Jahre voraus. Die Wirkungsgeschichte dürfte nicht gering gewesen sein. Es beinhaltete zwar keine politische Botschaft, aber es hat den Boden für politische Entscheidungen bereitet“, schloss der Kölner Archivar seine Ausführungen.

Einen Ausschnitt aus dem deutsch-polnischen Bereich behandelte **Bruno Riediger**, der Geschäftsführer des Historischen Vereins für Ermland. „**Die Ermlandfamilie im Spannungsfeld der deutsch-polnischen Beziehungen 1960 – 1990**“ lautete sein Thema. Gleich einleitend sprach er die grundlegenden Schwierigkeiten an: zum einen die Tatsache, dass der südliche Teil des Ermlandes polnisches Staatsgebiet wurde, kirchenrechtlich aber zu Deutschland gehörte. So hat im Jahr 1947 Bruno Schwark den Begriff „Ermlandfamilie“ begründet, Prälat Paul Hoppe prägte „unser ermländisches Volk“. Neben verschiedenen Vereinen gab es kirchlich Vertretungen im Zentralkomitee der Katholiken und in der Deutschen Bischofskonferenz, „man verfügte aber nicht über das Territorium des

Ermlands“, so Riediger. In Deutschland kristallisierte sich eine gewisse Sonderstellung für das Ermland heraus, während in Polen nur provisorische hierarchische Strukturen entstanden. Nach 1972 kam es schließlich zu Doppelstrukturen: in Polen mit dem Bischofssitz in Allenstein und in Deutschland mit dem Posten des Apostolischen Visitators für die ermländischen Diözesanen in Deutschland. Positiv aufgenommen wurde 1965 der Brief der polnischen Bischöfe, eher negativ das Bensberger Memorandum von 1968. Die Neuordnung der Diözese Ermland fiel in die Phase der Ostpolitik der neuen sozial-liberalen Koalition, doch „alle Gliederungen der Ermlandfamilie lehnten die Ratifizierung der Ostverträge ab“, blickte Riediger zurück. Gründe waren die Volksgruppenrechte und die deutschsprachigen Katholiken in den Oder-Neiße-Gebieten. Letztlich akzeptierte Hoppe die Entscheidung des Vatikans zur Änderung der Bistumsgrenzen, er sah dies aber auch als den Beginn des Endes einer kirchlichen Seelsorge an den Ermländern, da er sich um die muttersprachliche Seelsorge der dortigen Ermländer sorgte. Außerdem empfand Hoppe das Amt des Apostolischen Visitators als Degradierung. Hoppes Nachfolger Prälat Johannes Schwalke brachte stärker den Versöhnungsgedanken ein. Im Jahr 1979 wurde Jozef Glemp, der den Ermländern kritisch gegenüberstand, zum Bischof von Ermland berufen – keine gute Basis für Schwalkes Wirken. Dies besserte sich mit dem ab 1988 tätigen ersten Erzbischof vom Ermland Edmund Michał Piszcz, es kam wieder zu Aussöhnungsmomenten, zu „Brücken von Ermländern in der Zerstreuung zu den Ermländern, die jetzt dort leben“, fasste Riediger zusammen. Viel dazu beigetragen haben auf der einen Seite der Historische Verein für Ermland, auf der anderen Seite polnische Historiker.

Einen Teilaspekt des Ermland-Vortrags griff in seinem Referat **Dr. Gregor Ploch**, Referent für Hochschulpastoral im Haus St. Otto Zinnowitz, auf. **„Die Problematik der Diskussion um die Diözesan-neuregelung (Auflösung ostdeutscher Bistümer, Gründung neuer polnischer Bistümer) seit den frühen 1960er Jahren“** lautete sein Thema, wobei er einleitend die geografische Veränderung Polens (Westverschiebung, Verkleinerung) im Kontext des Zweiten Weltkrieges verdeutlichte. Von insgesamt ca. 32,5 Mio. Polen in den 1960er Jahren lebten 8,5 Mio. in den früheren ostdeutschen Gebieten – also rund 25 Prozent. Bis 1990 handelte es sich staatsrechtlich um „provisorische Linien“, kirchlich wurden die Gebiete bis 1972 „verwaltungsmäßig-administrativ“ geleitet, mit losen kirchlichen Strukturen und „wenig Vertrauen in die Bischöfe und den Klerus“, die man seitens der polnischen Machthaber für „Agenten der USA und der Westdeutschen“ hielt. Weit verbreitet war die Ansicht, dass nach Klärung der Bistumsstrukturen auch die Integration der Menschen klappt. „Die Kommunistische Partei hat den Umstand ausgenutzt, um die Kirchenspaltung zu betreiben“, betonte Ploch. Zentrale Faktoren waren zum einen Primas Wyszyński, zum anderen die weitgehende Übereinstimmung von polnischem Patriotismus und polnischer Volkskirche. Im Vorfeld der Millenniumsfeier bzw. des Versöhnungsbriefes der polnischen Bischöfe ging es auf polnischer Seite um die Anerkennung der diözesanen Strukturen, konkret sollten die deutschen Bischöfe dem Papst die Neuordnung nahelegen, zumal im Kreis der polnischen Bischöfe die Meinung vorherrschte, dass diese Gebiete immer schon zu Polen gehörten. Parallel liefen in den 1960er Jahren im Vatikan Versuche, die Strukturen in den Blick zu nehmen. „Beide Seiten wussten sehr gut voneinander und

versuchten Einfluss zu nehmen auf den Heiligen Stuhl, den Nuntius und den deutschen Botschafter“, beschrieb Ploch diese Phase. Mit der Bekanntgabe der Neuordnung am 28. Juni 1972 – wohlge-merkt nach der Ratifizierung der Ostverträge – wurden die neuen Strukturen definitiv fixiert.

Eine andere Perspektive zeigte **Dr. Michael Wikosz**, Delegat für die Katholiken polnischer Sprache, auf. „**Zur Entwicklung der Seelsorge für die polnischsprachigen Katholiken in Westdeutschland**“ war sein Thema, das er mit der Neustrukturierung der Seelsorge im Jahr 1975 begann. Dem-nach wurden folgende Aspekte in den Fokus gerückt: Ausdruck religiöser Bedürfnisse in der Mut-ter-sprache, Ausübung religiöser Bräuche aus dem Herkunftsland als wichtiges Element der Integration, psychologische Unterstützung, religiöse Sprache als Unterschied zur weltlichen Sprache, Ausübung des Glaubens in der Muttersprache und damit Bewahrung der Muttersprache, Beispiel für die Exis-tenz einer internationalen Kirche – und damit eine Bereicherung. In der Deutschen Bischofskonfe-renz wurde eine Abteilung für Ausländerpastoral begründet, konkret wurden – in diesem Fall - die von einem Delegat geleiteten polnisch-katholischen Missionen eingerichtet. Die Delegaten werden von der polnischen Bischofskonferenz ausgewählt und von der deutschen Bischofskonferenz bestä-tigt. Aktuell gibt es 78 pastorale Zentren in sechs Regionen mit einem Priesterrat und einem Laienrat. Die pastorale Aufgabe besteht darin, die Ausländer in ihrem erlernten Glauben möglichst fruchtbar zu entwickeln – und das geschieht am besten in der Muttersprache. Für den Zeitraum von 1960 bis 1990 konstatierte Wikosz eine „rasante Zunahme der polnischen Emigration und einen gesellschaft-lichen Wandel“, wobei die religiösen Bedürfnisse und Erwartungen unterschiedlich sind. So differie-ren die Gruppen der Nachkriegsgeneration, der Auswanderer in den 1970er Jahren (Kommunismus, Schikanen, Verfolgung usw.) und die heute vor allem aus arbeitsbedingt nach Deutschland kom-menden Polen sehr stark. Zu betrachten ist außerdem die junge Generation, die nach 1990 in Deutschland geboren und aufgewachsen, aber mit der Eltern-generation verwurzelt ist. „Typische polnische Aspekte müssen auf Deutsch vermittelt werden, Veränderungen des religiösen Lebens sind in der jungen Generation festzustellen. Oster- und Weihnachtsbräuche spielen noch eine große Rolle – auch als Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer nationalen Gemeinschaft. Junge Menschen brauchen individuelle religiöse Erfahrung. In der Familie ist das aber unwahrscheinlich“, beschrieb Wikosz die seelsorglichen Probleme in diesem Bereich. Auch die Schnittpunkte zwischen polni-schen und deutschen Lebenswelten spielen hier eine Rolle. Eine Aufgabe des Delegaten ist es, den Blick für bundesweite und internationale Projekte zu öffnen.

Das vierte und abschließende Panel war dem Thema „Weltanschauungen und Pragmatik“ gewid-met. Darin stellte **Kristian Geßner** unter dem Titel „**Ostpriester, Kapellenwagen und Antikommunismus**“ den in Kreisen der Tagungsteilnehmer sehr gut bekannten Werenfried van Straaten und sein Hilfswerk „Ostpriesterhilfe/Kirche in Not“ vor allem im Bezug zu Westdeutschland vor. Neben biografischen Daten zum Prämonstratenser-Pater ging Geßner auf die damaligen Rahmenbedin-gungen ein: das Leid der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg, weshalb van Straa-ten seine Initiativen und Aktivitäten zuerst in Westdeutschland entfaltetete. Christliche Überzeugun-

gen, gepaart mit antikommunistischen Ansichten, waren dabei seine Wesensmerkmale: Rucksackpriester, Patenschaftsaktionen, „Fahrzeug für Gott“ (Motorisierung der Priester) bzw. Kapellenwagen (zur Förderung des sakralen Lebens in Diasporagemeinden), Festungen für Gott (Klosterbauten in der Nähe der DDR-Grenze), Katholisches Internationales Soziologisches Institut für Flüchtlingsfragen, Bauorden und die Zeitschrift „Echo der Liebe“. Natürlich erwähnte der Referent die Stadt Königstein als langjähriges Zentrum mit dem jährlichen Kongress „Kirche in Not“. Als ein in konservativer Grundhaltung angesiedelter Priester übte van Straaten Kritik am Zweiten Vatikanischen Konzil, seine Einstellung lag aber auch konträr zur politischen Entwicklung ab Ende der 1960er Jahre (Entspannungspolitik). Diese Umbrüche führten in den 1970er Jahren zu einer Krise seines Wirkens, eine Rekonsolidierung erfuhr er mit dem Beginn des Pontifikats Papst Johannes Pauls II. „Das Erbe Werenfried van Straatens bleibt komplex“, schloss Geßner seinen Vortrag.

Mit einem Blick in die DDR schloss der Historiker **Robert Pech** den Vortragsreigen. **„Neue Gruppen, neue Themen: Kommunikation von kirchlichen und politischen Institutionen um die DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler“** lautete sein Thema. Darin ging er auf die Organisationsformen für Flüchtlinge und Vertriebene in der evangelisch-lutherischen und in der katholischen Kirche in Deutschland ein. Auf evangelischer Seite gab es bis 1957 keine zentrale Einrichtung, danach wurde Reinhard Wester zum „Flüchtlingsbischof“, konkret zum Beauftragten der EKD für Umsiedler und Vertriebene, ernannt und ein Flüchtlingsbeirat gegründet. Ähnliche Strukturen entstanden im katholischen Bereich: ein Beauftragter der Fuldaer Bischofskonferenz („Flüchtlingsbischof“) und ein zweimal im Jahr tagender Flüchtlingsrat. Mit dem Bau der Mauer 1961 gewann der Aspekt der DDR-Flüchtlinge an Bedeutung. Der von 1953 bis 1960 wirkende Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Theodor Oberländer appellierte zur Mitarbeit der Kirchen bei der Integration der „Zonenflüchtlinge und Spätaussiedler“. Die EKD zeigte vor allem Interesse an den DDR-Flüchtlingen und setzte sich für die Gleichstellung aller Flüchtlinge ein, was in den 1960er Jahren auch geschah. Die katholischen Bischöfe veröffentlichten 1956 einen Aufruf zur Behebung der Lagernot, der katholischen Kirche war es auch wichtig, „die seelsorglichen Bedürfnisse zu befriedigen“, beispielsweise durch Religionsunterricht. Beide Konfessionen waren im Beirat des Vertriebenenministeriums vertreten, wobei auf katholischer Seite die Thematik der ehemaligen Ostgebiete, auf evangelischer Seite die DDR-Flüchtlinge im Vordergrund standen. Mit der rechtlichen Gleichstellung während der Amtszeit von Bundesminister Kai-Uwe von Hassel begann eine neue Phase in diesem Seelsorge-Segment.

Markus Bauer